

BDF Brandenburg-Berlin · Friedrichstraße 169/170 · 10117 Berlin

BDF Brandenburg-Berlin

Friedrichstraße 169/170
10117 Berlin

Fon 030 - 4081 6700

Fax 030 - 4081 6710

Mail brandenburg-berlin@
BDF-online.de

11. November 2010

BDF Stellungnahme zum Brandenburger Waldprogramm

Mit einer Auftaktveranstaltung am 28. Oktober hat das MIL zahlreiche mit und für den Wald wirkende Verbände sowie Naturschutzverbände und andere aufgerufen, an einer Überarbeitung des Brandenburger Waldprogrammes mitzuwirken. Ziel ist es, ein überarbeitetes und aktualisiertes Waldprogramm im Jahr 2011 als dem Jahr der Wälder bekanntzugeben.

Der BDF sieht in der Überarbeitung des Brandenburger Waldprogramms einen wichtigen Beitrag für die weitere Begleitung und Entwicklung der Brandenburger Forst- und Holzwirtschaft.

Die Sinnhaftigkeit derartiger Programme hängt aber erheblich davon ab, inwieweit die Programme bloße Lippenbekenntnisse sind – oder aber, und das erwarten wir – auch tatsächlich in der Landespolitik durch die verantwortlichen Akteure umgesetzt werden. Eine besondere Verantwortung trägt dabei die Landespolitik, das MIL, der LB Forst Brandenburg und die großen Akteure aus dem Cluster Forst und Holz.

Bevor neue Leitbilder, Anforderungen und Vorgaben erarbeitet werden, muss aus unserer Sicht daher zunächst eine Analyse zur Erfüllung der Kernaussagen aus dem alten Waldprogramm durchgeführt werden.

Der BDF schlägt vor, die Analyse des alten Waldprogramms durch das MIL vornehmen und anschließend durch eine Arbeitsgruppe bestätigen zu lassen bzw. wenn notwendig Inhalte zu ändern. Ein Beispiel aus dem alten Waldprogramm kann unkommentiert zeigen, wo der BDF Schwachstellen sieht:

„ Die Landesforstverwaltung muss mit qualifiziertem Personalbestand im besonderen Maße zum Erhalt bisheriger und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Hierzu gehören eine langfristige und offene Personalpolitik, sowie die wirksame Unterstützung der Personalpolitik für andere Forstbetriebe“.

Für das Waldprogramm hat der BDF daher einige Punkte formuliert, die im Diskussionsprozess berücksichtigt werden sollen:

1. keine Erhöhung gesetzlicher Standards, die die Waldbesitzer Geld kosten ohne entsprechenden Ausgleich; dies betrifft auch den öffentlichen Bereich
2. Verstärkung der Bemühungen um einen Waldumbau, insbes. hinsichtlich des Klimawandels, dies geht nur bei einer Entbürokratisierung der Förderrichtlinien. Hier erwarten wir in erster Linie auch einen Impuls, der für zertifizierte Waldbesitzer gelten sollte. Das Land Brandenburg hat sich mit guten Gründen für die Zertifizierung landeseigener Waldflächen entschlossen und ist bestrebt, auch die Zertifizierung im nichtstaatlichen Waldbesitz zu unterstützen. Insofern sollten die Bemühungen zertifizierter Waldbesitzer für einen Waldumbau auch eine verstärkte Anerkennung durch das Land erfahren.
3. keine "Flächenstilllegungen" öffentlicher Flächen, keine weiteren Übergaben von öffentlichen Flächen aller Art an Naturschutzverbände, um eine weiteren Segregation von Schutz- und Wirtschaftsfunktionen entgegenzuwirken; in bewirtschafteten Wäldern können alle Funktionen sachgerecht erfüllt werden.
4. stärkere öffentliche Kontrolle von Flächen, die an Naturschutzverbände übergeben wurden; wir weisen darauf hin, dass unseres Wissens keine einzige dieser Flächen zertifiziert ist.
5. Die Wald-Wild-Problematik als seit Jahren ungelöstes Problem in Brandenburg ist im Sinne des Waldgesetzes zu lösen. Angesichts landesweit festzustellender Wildschäden mit immensen wirtschaftlichen Auswirkungen gehören Jagdmethodik, Jagdzeiten und andere Regularien auf den Prüfstand.
6. Einhaltung sozialer Standards und fachspezifischer Qualifikation bei den Beschäftigten - im privaten Waldbesitz als Appell, im kommunalen und staatlichen Waldbesitz als obligatorisch; dies betrifft auch eine qualifikationsangemessene Vergütung; hier sehen wir gerade in jüngster Zeit gegenläufige Tendenzen. Um es kurz auszudrücken: kein Lohndumping im öffentlichen Dienst. Der Vergleich nahezu aller anderen Bundesländern zeigt aber genau diese Tendenz.
7. Um der festgestellten und weiterhin ansteigenden Überalterung im Bereich der öffentlichen Forstverwaltungen entgegenzuwirken, fordern wir Einstellungskorridore in der Forstverwaltung.
8. kein weiterer Rückzug der Forstverwaltung aus der Meinungsbildung für den Wald: die Forstverwaltung als Sonderordnungsbehörde mit der Aufgabe einer sachgerechten Beratung muss sich auch kritisch mit anderen Anforderungen an den Wald auseinandersetzen können und dürfen, Beispiel Windkraftanlagen, Solarfelder o.ä., keine Maulkorberlasse.

9. Um auch in Zukunft forst- und umweltpolitisch auf den Klimawandel reagieren zu können, bedarf dies einer Analyse des Waldumbaus in Brandenburg über alle Eigentumsformen.

Durch das MIL ist deshalb durch geeignete Maßnahmen bzw. Programme / Dokumentationen zu sichern, dass der tatsächlich erfolgte Bestockungs- und Waldumbau über alle Eigentumsformen vollständig erfasst und dokumentiert werden kann. Der neue DSWF 2 für den Privatwald ermöglicht keine vollständige Darstellung der Waldentwicklung über alle Eigentumsformen. Der Waldumbau und mögliche Wiederbewaldung (z.B. in Flussauen zur Reduzierung der Flussfracht) sind in Landschaftsverbundplanungen integrieren. (vgl. Maßnahmen zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes und höherer Grundwasserneubildung, Erhöhung des Wasserspeichervermögens in der Landschaft). Neben den positiven landschaftsökologischen Auswirkungen erwarten wir hier auch durch behördenübergreifende Maßnahmen positive Auswirkungen im Beschäftigungssektor im ländlichen Raum.

10. Die großen Firmen der Holzverarbeitenden Industrie selbst und die durch sie beauftragte forstlichen Lohnunternehmer üben indirekt oder direkt über den Holzmarkt, den Holzverkauf und die immer mehr zunehmende direkte Waldbewirtschaftung Einfluss auf den Waldbau und die Waldentwicklung in Brandenburg aus. Die Holzverarbeitende Industrie und die forstlichen Unternehmer werden aufgefordert, bei der Beratung und Bewirtschaftung im Privatwald auf die gute fachliche Praxis hinzuweisen und in ihrem eigenen Handeln und der Bewirtschaftung des Waldes Vorbild zu sein.

Die Auftaktveranstaltung verlief – erwartungsgemäß – lebhaft, neben vielen Punkten, in denen Einigkeit zwischen den Interessenvertretern herrschte, zeigten sich divergierende Ansprüche insbesondere bei der Frage nach weiteren Flächenstilllegungen; hier formulierten Vertreter des amtlichen und nichtamtlichen Naturschutzes weitere Ansprüche, die umgekehrt von der großen Mehrzahl der forstlichen Verbände strikt zurückgewiesen wurden.

Einigkeit dagegen herrschte insbesondere bei der Frage nach der Zulässigkeit von Windkraftanlagen und Solaranlagen im Wald, hier waren nahezu alle Verbände der Ansicht, dass es kontraproduktiv sei, nachwachsende Ressourcen gegeneinander auszuspielen – insbesondere bei derartigen flächenintensiven bzw. massiv das Landschaftsbild beeinflussenden Anlagen.

Der BDF wird die Weiterentwicklung des Brandenburger Waldprogrammes auch im kommenden Jahr kritisch und konstruktiv begleiten und sucht dazu auch das Gespräch mit den anderen (Forst)verbänden.